
2143/A(E) XXIV. GP

Eingebracht am 16.11.2012

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Mag. Roman Haider
und weiterer Abgeordneter

Betreffend automatische Inflationsanpassung für die Österreich Werbung

Der Verein Österreich Werbung finanziert sich seit dem Austritt der Bundesländer im Jahr 2001 aus Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend und Mitteln der Wirtschaftskammer Österreich. Diese werden jährlich neu verhandelt und im Verhältnis 75 : 25 festgelegt. Derzeit muss die Österreich Werbung mit 24,095 Mio. € vom Bund und 8 Mio. € von der Wirtschaftskammer auskommen. Für die Österreich Werbung ein äußerst unbefriedigender Zustand. Nicht nur, dass die Österreich Werbung jährlich zittern muss, ob und in welcher Höhe die jährlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden, so fand seit dem Jahr 2001 keinerlei Erhöhung statt.

Die für Österreich so wichtige Sparte Tourismus- und Freizeitwirtschaft mit 630.000 Arbeitsplätzen und 126 Millionen Nächtigungen hat im Vorjahr direkt und indirekt 14,5 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beigetragen und hat jeden fünften Vollzeitarbeitsplatz geschaffen. Der Tourismus ist die Wirtschaftssparte mit der größten Wohlstandsvermehrung und rettet Jahr für Jahr die österreichische Leistungsbilanz.

Anstatt dieser Branche unter die Arme zu greifen und durch eine starke Österreich Werbung zusätzliche Fernmärkte zu bewerben, erfolgt eine reale Kürzung des Budgets für die Österreich Werbung durch Nicht-Abgeltung der Inflation. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssten wir vermehrt Geld für die Dachmarkenwerbung zur Verfügung stellen und nicht noch Kürzungen zulassen.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

"Der Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, dass eine jährliche automatische Inflationsanpassung des Budgets der Österreich Werbung sichergestellt wird, damit es nicht stetig zu einer realen Kürzung, der zur Verfügung gestellten Gelder kommt."

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung an den Tourismusausschuss ersucht.